

Perspektiven 2002/2003: Konjunktur bessert sich langsam¹

Die Weltwirtschaft befindet sich derzeit in einer fragilen Lage. Die Unsicherheit über den Fortgang der Konjunktur hat sich unter dem Eindruck des Irak-Konflikts, des damit verbundenen Anstiegs der Ölpreise und des Kurssturzes an den Aktienmärkten deutlich erhöht. In den USA flachte die Expansion seit dem Frühjahr wieder ab, und auch in den ostasiatischen Schwellenländern hat sich der zuvor kräftige Produktionsanstieg zuletzt verringert. Im Euroraum erholte sich zwar die Konjunktur, jedoch blieb die Dynamik gering. In Japan nahm das Bruttoinlandsprodukt nur wenig zu.

In den kommenden Monaten bleibt die Weltkonjunktur verhalten. Die Unsicherheit bezüglich der Zukunftsperspektiven wird sich bei Investoren und Konsumenten erst nach und nach verringern. Dann werden sich die Auftriebskräfte – nicht zuletzt angeregt durch die expansive Geldpolitik – allmählich durchsetzen, sodass sich die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den Industrieländern im weiteren Verlauf des kommenden Jahres beschleunigt. Die Erholung fällt jedoch mäßig aus, insbesondere weil die Konsolidierungszwänge sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor groß bleiben. In den Industrieländern insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,3 % und im nächsten um 2,2 % steigen. Damit wird sich das weltwirtschaftliche Umfeld allmählich verbessern.

In Deutschland ist die Konjunktur nach wie vor schwach. Zwar hat sich die Wirtschaft in diesem Jahr nach der milden Rezession in der zweiten Jahreshälfte 2001 stabilisiert, ein Aufschwung kam aber nicht in Gang. Die drastischen Kurseinbrüche an den internationalen Aktienmärkten und die damit einhergehenden Vermögensverluste beeinträchtigten die Kaufbereitschaft der Verbraucher und erschwerten die Außenfinanzierung für Unternehmen. Zudem wurde die ohnehin schon gedrückte Stimmung in der Wirtschaft durch den Irak-Konflikt und den damit ver-

bundenen Anstieg des Ölpreises getrübt. Da die Expansion in den USA seit dem Frühjahr deutlich an Fahrt verlor und zugleich der Euro gegenüber dem Dollar aufwertete, hat sich der Anstieg der Exporte verlangsamt.

Die Europäische Zentralbank wird bei vorläufig verhaltener Expansion und geringen Inflationsrisiken bis weit in das nächste Jahr hinein ihren expansiven Kurs beibehalten. Die kurzfristigen Zinsen bleiben dabei unverändert und werden erst gegen Ende des Jahres, bei einer Festigung der Konjunktur im Euroraum, leicht angehoben. Die Lohnpolitik in Deutschland hat 2002 den zurückhaltenden Kurs der vergangenen Jahre verlassen, im kommenden Jahr dürfte sich die Zunahme der Tariflöhne aber etwas abschwächen. Die Finanzpolitik steht unter erheblichem Konsolidierungsdruck und wird im Jahr 2003 merklich restriktiv sein. Zur Haushaltskonsolidierung werden weitere Ausgabenkürzungen von rund 6 Mrd. € und zusätzlich Steuererhöhungen von 6 1/2 Mrd. € vorgenommen; außerdem steigt die Belastung mit Sozialabgaben.

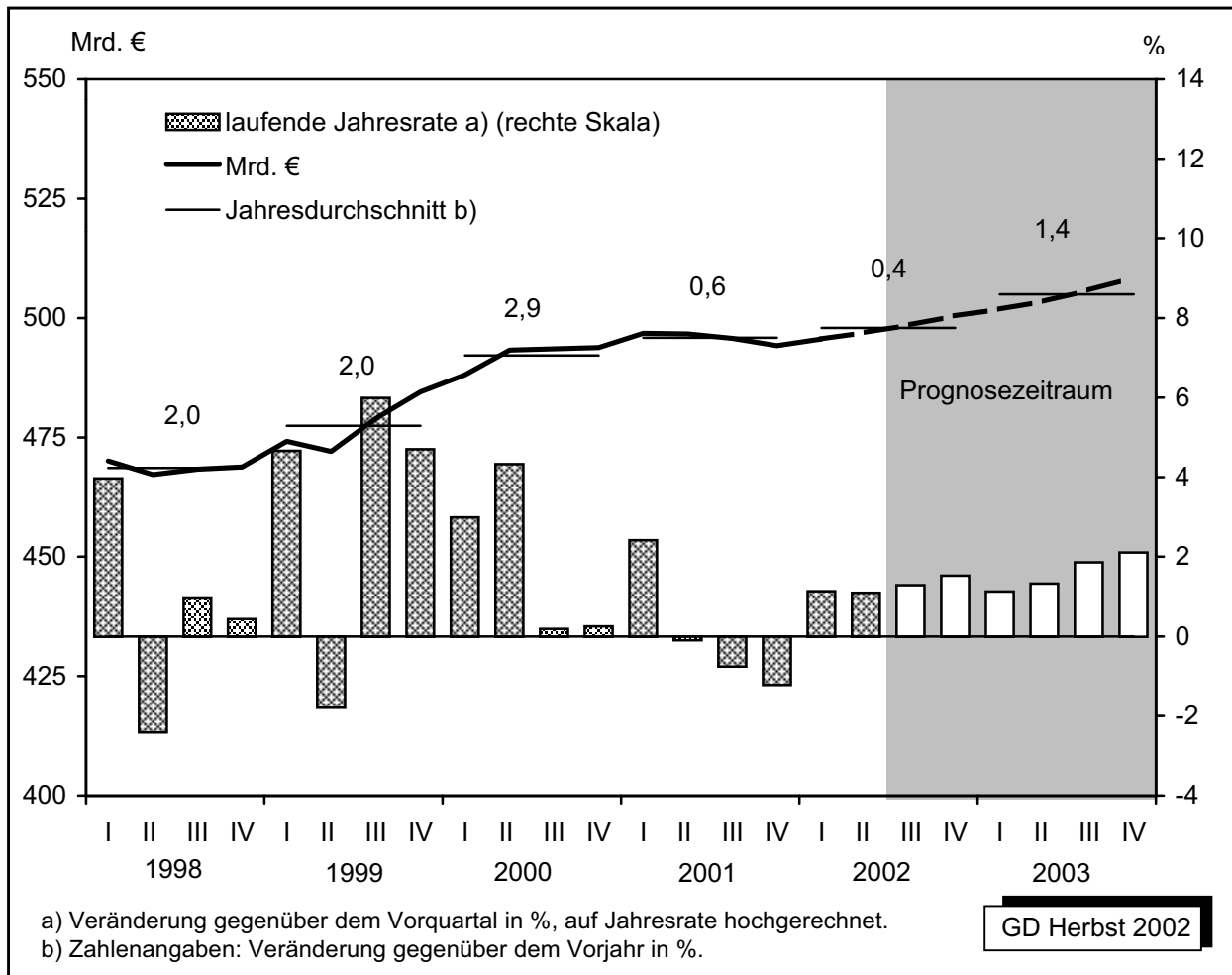
Vor diesem Hintergrund ist erst im Verlauf des Jahres 2003 mit einer allmählichen Erholung der Konjunktur in Deutschland zu rechnen (vgl. Abb. 1.) Die sich belebende Weltwirtschaft regt den Export an. Zudem werden die von der Aufwertung des Euro ausgehenden dämpfenden Effekte im Laufe des kommenden Jahres schwächer. Darüber hinaus hellen sich die Erwartungen von Verbrauchern und Investoren auf, sobald sich die Aktienkurse stabilisieren und sich die Lage im Nahen und Mittleren Osten normalisiert. Damit wird die expansive Geldpolitik wieder stärker zum Tragen kommen. Diesen Impulsen steht jedoch eine sehr restriktive Finanzpolitik gegenüber.

Im Winterhalbjahr 2002/2003 wird die konjunkturelle Grundtendenz von den Sonderfaktoren überlagert, die sich aus der Beseitigung der Hochwasserschä-

¹ Gekürzte Fassung des „Herbstgutachtens“ der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 20/2002, S. 3 ff.

Abb.1

Reales Bruttoinlandsprodukt
 – Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf –



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, ab III. Quartal 2002: Prognose Institute.

den ergeben. Hier ist unterstellt, dass in diesem und im nächsten Jahr hierfür insgesamt rund 13 1/2 Mrd. € aufgewandt werden, die das Bruttoinlandsprodukt insbesondere im Winterhalbjahr steigern dürften. Im Durchschnitt des kommenden Jahres wird es – nach Meinung der Mehrheit der Institute – um 1,4 % steigen, nach 0,4 % in diesem (vgl. Tab. 1). Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich in diesem Jahr merklich verschlechtern, die Defizitquote wird mit 3,2 % die im Maastricht-Vertrag festgelegte Obergrenze überschreiten. Im nächsten Jahr wird sie sich aufgrund der Konsolidierungsbemühungen auf 1,9 % verringern.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage seit Jahresbeginn kontinuierlich verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im Verlauf der ersten Jahreshälfte um 125.000; die Zahl der offenen Stellen – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften – ging bis zuletzt zurück. Insgesamt sinkt die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt dieses Jahres um 185.000. Im Jahr 2003 wird die Erwerbstätigkeit bis in das Frühjahr hinein leicht fallen. Da die verhaltene Ausweitung der Produktion noch weitgehend durch den Abbau der Kurzarbeit, durch Überstunden und vor allem durch die Nutzung von Arbeitszeitkonten zu bewältigen ist, erhöht sich die Beschäftigung nach

Tab. 1

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1999	2000	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt ^{a)}					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,0	2,9	0,6	0,4	1,4
Westdeutschland ^{b)c)}	1,8	3,3	0,6	0,4	1,3
Ostdeutschland ^{c)}	2,0	1,0	-0,1	0,2	2,3
Erwerbstätige ^{d)} (1.000 Personen)	38.077	38.752	38.917	38.730	38.700
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.099	3.889	3.852	4.050	4.100
Arbeitslosenquote ^{e)} (in %)	9,7	9,1	9,0	9,5	9,6
Verbraucherpreise ^{f)}					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,6	1,9	2,5	1,4	1,6
Lohnstückkosten ^{g)}					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,4	1,0	1,5	1,4	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{h)}					
(Mrd. €)	-29,7	22,8	-57,5	-68,7	-41,2
(% des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	-1,5	1,1	-2,8	-3,2	-1,9
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)	-17,9	-22,6	2,7	43,0	35,0

a) In Preisen von 1995. – b) Einschließlich Berlin. – c) Berechnungsstand März 2002. – d) Im Inland. – e) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – f) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – g) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – h) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Deutsche Bundesbank, 2002 und 2003: Prognose der Institute.

der Jahresmitte nur wenig (vgl. Tab. 2). Dann wird der Beschäftigungsanstieg im tertiären Sektor den allmählich auslaufenden Rückgang im produzierenden Gewerbe mehr als ausgleichen. Im Jahresverlauf ist nur mit einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 90.000 zu rechnen. Wegen des Ausgangsniveaus ergibt sich jedoch im Jahresdurchschnitt noch eine geringfügige Abnahme um 30.000 Personen (vgl. Abb. 2).

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Prognosezeitraum bis in das nächste Frühjahr zunächst noch steigen, danach aufgrund der anziehenden Konjunktur sinken. Im Durchschnitt dieses Jahres wird sie bei 4,05 Mill. liegen. Im Verlauf des Jahres 2003 wird die Zahl der Arbeitslosen um 50.000 zurückgehen. Wegen des hohen Anfangsbestandes ist sie dann aber im Jahresdurchschnitt mit 4,1 Mill. immer noch etwas höher als 2002. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird wiederum etwas größer als die prognostizierte Abnahme

der Beschäftigung ausfallen, da das Erwerbspersonenpotenzial nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Prognosezeitraum leicht zunehmen wird.

Ostdeutschland

Anders als in Westdeutschland, wo das Bruttoinlandsprodukt das Vorjahresniveau im ersten Halbjahr 2002 um 0,4 % unterschritt, blieb es in Ostdeutschland (ohne Berlin) annähernd konstant. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die ostdeutsche Wirtschaft wegen ihrer niedrigen Exportorientierung weniger stark von der Auslandsnachfrage abhängt als die westdeutsche. Die Industrieproduktion in den neuen Bundesländern reagierte daher 2001 weitaus weniger stark auf die nachlassende Weltkonjunktur als jene im früheren Bundesgebiet. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurde das Ergebnis vom Vorjahreszeitraum noch um 1,3 % übertroffen. In Westdeutschland

Tab. 2

Arbeitsmarktbilanz
– Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen –

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	37.554	38.010	38.687	38.856	38.670	38.640
Arbeitnehmer	33.580	34.071	34.686	34.775	34.574	34.525
Selbständige	3.974	3.939	4.001	4.081	4.096	4.115
Pendlersaldo	62	67	65	61	63	60
Erwerbstätige im Inland	37.616	38.077	38.752	38.917	38.733	38.700
Arbeitslose	4.279	4.099	3.889	3.852	4.050	4.100
Arbeitslosenquote ^{a)}	10,2	9,7	9,1	9,0	9,5	9,6
Erwerbslose ^{b)}	3.594	3.333	3.065	3.074	3.252	3.300
Erwerbslosenquote ^{c)}	8,7	8,1	7,3	7,3	7,8	7,9
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	115	119	86	123	210	175
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	385	430	313	243	190	175
Berufliche Vollzeitweiterbildung	324	333	324	315	300	300
Westdeutschland^{d)}						
Erwerbstätige Inländer ^{e)}	31.340	31.731	32.410	32.649	32.520	32.480
Arbeitslose	3.024	2.872	2.645	2.592	2.779	2.861
Arbeitslosenquote ^{a)}	8,8	8,3	7,5	7,4	7,9	8,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	83	93	63	97	170	147
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	87	100	83	71	60	55
Berufliche Vollzeitweiterbildung	191	204	195	190	180	180
Ostdeutschland^{d)}						
Erwerbstätige Inländer ^{e)}	6.214	6.279	6.277	6.207	6.150	6.160
Arbeitslose	1.256	1.227	1.244	1.259	1.271	1.239
Arbeitslosenquote ^{a)}	16,8	16,3	16,5	16,9	17,1	16,7
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	32	26	23	26	40	28
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	298	330	230	172	130	120
Berufliche Vollzeitweiterbildung	133	129	129	125	120	120

a) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose). - b) Definition der ILO. - c) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose). - d) Regionale Abgrenzung: Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin. - e) Schätzung der Institute auf Basis der Erwerbstätigenrechnung des Bundes, der Länder und des Mikrozensus.

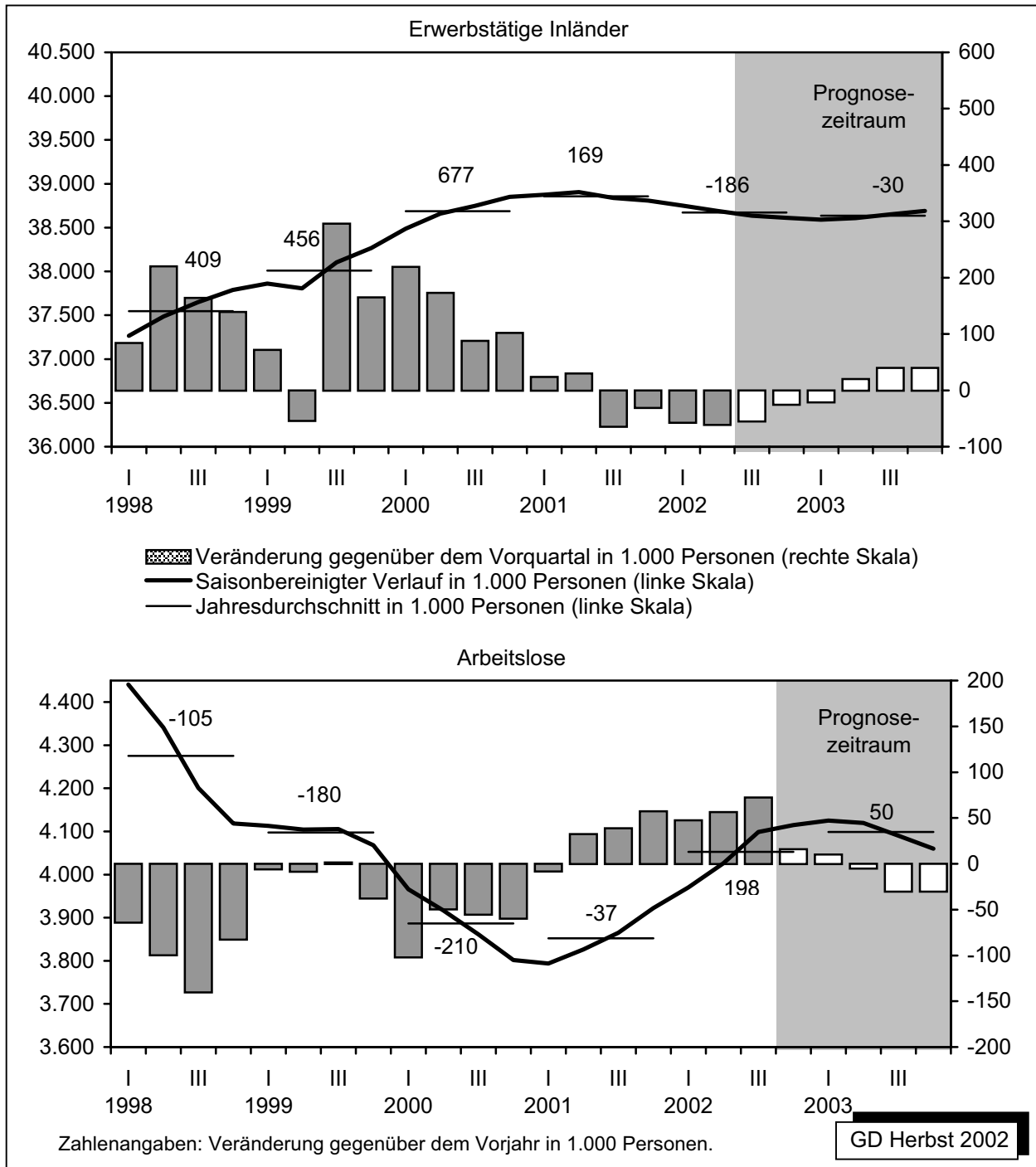
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2002 und 2003: Prognose der Institute.

nahm die Produktion dagegen um 4,4 % ab. Die Bautätigkeit in Ostdeutschland sank unvermindert kräftig, aber auch in Westdeutschland ging sie weiter zurück.

Im August wurde insbesondere die ostdeutsche Wirtschaft von der Überschwemmungskatastrophe getroffen. Die dadurch bedingten Produktionsausfälle dürften aber zum Teil durch Produktion in anderen

Abb. 2

Erwerbstätige und Arbeitslose
 – Saisonbereinigter Verlauf –



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute, ab III. bzw. IV. Quartal 2002: Prognose der Institute.

Regionen ausgeglichen worden sein. Auch schlugen sich die Rettungseinsätze, die Versorgungsleistungen und Aufräumarbeiten produktionssteigernd nieder. Bereits im dritten Vierteljahr ist mit den Wiederaufbauarbeiten begonnen worden. Dies macht sich insbesondere im Bausektor und in den baunahen Bereichen, in der Industrie und im tertiären Sektor bei Transportleistungen sowie bei Unternehmensdienstleistungen bemerkbar. Im Jahresdurchschnitt 2002 wird das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland geringfügig höher sein als im Vorjahr. Die Impulse durch die Wiederaufbauarbeit wirken sich stärker im kommenden Jahr aus. Die Bauleistung wird um 1 1/2 % steigen und die Industrieproduktion dürfte in einer Größenordnung von 6 bis 7 % zunehmen. Insgesamt erhöht sich das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt 2003 um 2,3 % und damit deutlich kräftiger als in Westdeutschland (1,3 %). Dies ist allerdings in erster Linie auf die Beseitigung der Flutschäden zurückzuführen.

In Ostdeutschland sind Beschäftigungseffekte durch die Aufräum- und Aufbauarbeiten in den Überschwemmungsgebieten seit September spürbar. Wegen des vorherigen starken Rückgangs ist jedoch im Durchschnitt des Jahres 2002 noch eine Abnahme der Erwerbstätigkeit um 60.000 Personen zu erwarten. Im nächsten Jahr kommt es hingegen im Gefolge des kräftigen Produktionsanstiegs und der Wiederaufbauarbeiten zu einem Beschäftigungsanstieg um etwa 10.000. Gefördert wird die Beschäftigung zudem durch spezielle Programme der Bundesregierung in Höhe von 50 Mill. €, wodurch voraussichtlich rund 10.000 Personen vorübergehend Arbeit finden werden.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg in Ostdeutschland in diesem Jahr weitaus weniger stark als sich die Erwerbstätigkeit verringerte, da hier das Erwerbspersonenpotenzial nicht zuletzt durch vermehrte Abwanderungen sank. Im Jahresdurchschnitt ist ein Anstieg um 12.000 Personen auf 1,27 Mill. zu erwarten. Im Jahr 2003 wird sich die Arbeitslosigkeit angesichts der erstmals seit 1999 wieder leicht steigenden Beschäftigung und des – wenn auch mit deutlich abnehmender Rate – sinkenden Erwerbspersonenpotenzials um reichlich 30.000 Personen vermindern.

Zur Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik ist in den kommenden Jahren gefordert, zur Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung beizutragen. Im Mittelpunkt der Finanzpolitik sollte die Haushaltskonsolidierung stehen, die über eine Begrenzung der Ausgaben anzustreben ist. Es reicht jedoch nicht aus, das Konsolidierungsziel für die kommenden Jahre nur allgemein anzukündigen, wie es in den bisherigen Stabilitätsprogrammen der Bundesregierung der Fall war. Soll der Kurs glaubhaft sein, muss beispielsweise konkretisiert werden, welche Leistungsgesetze geändert und welche Subventionen gekürzt werden sollen. Ferner muss vermieden werden, den Rotstift bei den Investitionen anzusetzen; vielmehr geht es darum, die Staatsausgaben zugunsten der Investitionen in Humankapital und in Sachkapital umzuschichten. Auch hier hat sich die Politik in den vergangenen Jahren in die falsche Richtung bewegt. Die Koalitionsvereinbarungen zur Anhebung von Steuern und Sozialabgaben sind das Gegenteil dessen, was wachstumspolitisch geboten ist.

Die Geldpolitik sollte gegenwärtig die Leitzinsen nicht noch weiter senken. Kommt es im nächsten Jahr – wie von der Mehrheit der Institute prognostiziert – zu einer merklichen Belebung der Konjunktur, dann beginnt sich die Produktionslücke ab Mitte 2003 zu verringern, was den gegenwärtigen Zins als angemessen erscheinen lässt. Weitere Zinssenkungen würden, angesichts der üblichen Verzögerungen der Geldpolitik, ohnehin erst im beginnenden Aufschwung wirken. Erst gegen Ende des Prognosezeitraums ist eine leichte Erhöhung der Leitzinsen bei gefestigtem Aufschwung und steigender gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung zu erwarten.

Die Lohnpolitik hat den zurückhaltenden Kurs der vergangenen Jahre verlassen. Die Tariflöhne erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2002 um 2,7 %, nach 2,0 % im Jahr 2001. Nach den bisher vorliegenden, zum Teil bis weit in das kommende Jahr oder sogar darüber hinaus reichenden Tarifabschlüssen wird sich die Zunahme im Verlauf von 2003 aber wieder etwas abschwächen. Der stärkere Lohnanstieg birgt zwar angesichts der schwachen Konjunktur und des damit

Übersicht 1

Konjunkturelle Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe

Die Flut an Donau, Elbe und deren Nebenflüssen hat große materielle Schäden hinterlassen. Genaue Schätzungen der Verluste an Infrastrukturanlagen, Betriebsvermögen, Wohngebäuden und Hausrat liegen noch nicht vor. Zur Beseitigung der Flutschäden hat die öffentliche Hand einen Hilfsfonds in Höhe von 7,1 Mrd. € aufgelegt. Außerdem nehmen die Versicherungen Schadensregulierungen vor, und private Mittel werden mobilisiert. Hinzu kommen rund 200 Mill. € an Spenden. Zusammengekommen ergibt sich ein Volumen von 13,5 Mrd. € in den Jahren 2002 und 2003.

Nettoaufwendungen zur Beseitigung der Flutschäden^{a)}
in Mrd. €

	2002	2003		Insgesamt
	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	
Private Konsumausgaben	1,0	0,8		1,8
Ausgaben	0,5	0,7	0,3	1,5
Bauten				
Wohnungsbau	1,5	1,6	0,4	3,5
Wirtschaftsbau	0,7	1,1	0,5	2,3
Öffentlicher Bau	1,4	2,2	0,8	4,4
Summe	5,1	6,3	2,0	13,5

a) Ohne Berücksichtigung der Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform und der Anhebung der Körperschaftsteuer.

Quelle: Schätzungen der Institute.

Die Ausgaben zur Beseitigung der Schäden sind ein expansiver Impuls für die Wirtschaft. Allerdings wird der Fonds „Aufbauhilfe“ zum größten Teil über Steuern finanziert, und zwar durch die Verschiebung der für das Jahr 2003 geplanten Entlastungsstufe der Steuerreform und durch die Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes um 1,5 Prozentpunkte. Die für 2003 ursprünglich geplanten steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte und Unternehmen hätten zu einem Mehr an Konsum in Höhe von rund 5 Mrd. € geführt.^{b)} Da auch die Beseitigung der Flutschäden zusätzliche Konsumausgaben mit sich bringt, bleibt ein kontraktiver Nettoeffekt beim privaten Konsum; er beträgt etwa 3,2 Mrd. €. Dem steht ein expansiver Effekt bei den Investitionen in Höhe von 11,7 Mrd. € gegenüber. Die von der Beseitigung der Flutschäden per saldo angeregte zusätzliche Nachfrage beläuft sich damit auf 8,5 Mrd. €. Etwa reichlich 1/3 der Ausgaben werden noch in diesem Jahr getätigt, sodass auf das BIP ein Impuls von 0,15 % in diesem und 0,25 % im nächsten Jahr ausgeht. Würde man mögliche dämpfende Effekte der Finanzierung auf das Investitionsverhalten der Unternehmen berücksichtigen, dürfte der Impuls noch geringer sein. Da sich ein großer Teil der Schadensbeseitigung auf das Winterhalbjahr konzentriert, sind in dieser Zeit Produktionsanregungen zu erwarten, die die schwache konjunkturelle Grundtendenz überdecken werden. Insbesondere in Ostdeutschland dürfte die Produktion im Baugewerbe und seinen Zulieferbereichen vorübergehend angeregt werden.

b) Von Angebotseffekten wird an dieser Stelle abgesehen.

GD Herbst 2002

verbundenen schärferen Wettbewerbs keine Inflationsrisiken. Er hat aber die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen nicht erhöht; bestenfalls wirkte er beschäftigungsneutral. Soll die Arbeitsmarktsituation verbessert werden, müssen die Reallöhne langsamer steigen als die trendmäßige Zunahme der Produktivität, weil die Unternehmen dann einen Anreiz erhalten, den Einsatz des Faktors Arbeit zu erhöhen. Ein Grund hierfür ist, dass es zu einer Substitution des Faktors Kapital zugunsten des Faktors Arbeit kommt, wenn sich Arbeit relativ zum Kapital verbilligt.

Das Risiko, dass es bei einer zurückhaltenden Lohnpolitik zu einer geringeren Expansion oder gar einer Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kommt, ist gering. Zum einen wird der Arbeitseinsatz erhöht, und die Rentabilität der Investitionen nimmt allgemein zu; die Investitionstätigkeit wird also angeregt, und das Produktionspotenzial wächst schneller. Zum anderen ermöglichen moderate Lohnerhöhungen es der Europäischen Zentralbank, ihr

Inflationsziel bei einer – dem stärkeren Potenzialwachstum entsprechend – höheren Rate der Geldmengenexpansion zu erreichen, als es sonst der Fall wäre. Auch dies fördert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

In der Arbeitsmarktpolitik setzt die Bundesregierung im Wesentlichen auf das Konzept der HARTZ-Kommission. Deren Vorschläge enthalten eine Reihe von Maßnahmen, die Effizienzgewinne bei der Vermittlung von Arbeitskräften und eine tendenzielle Zunahme der Flexibilität am Arbeitsmarkt erwarten lassen. Die Institute teilen jedoch nicht die vielfach euphorische Hoffnung über das Ausmaß des Abbaus der Arbeitslosigkeit. Die Vorschläge der HARTZ-Kommission können, selbst wenn sie umgesetzt werden, die hochgesteckten Erwartungen auf rasche Entlastung am Arbeitsmarkt nicht erfüllen. Sie können eine ursachengerechte Therapie nicht ersetzen.

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus